



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hein, Max: Radowitz

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Radowiz

Von Dr. Max Hein in Charlottenburg



uf einen deutschen Bundesstaat unter Preußens Führung und ein enges Bündnis dieses Staates mit Österreich ging Radowiz Streben in den kurzen Jahren seiner politischen Wirksamkeit. Einen Vorläufer Bismarcks kann man ihn trotzdem nicht nennen; dieser gelangte wohl zu dem gleichen Ziel, das Radowiz sich von Anfang an wenigstens in den Grundzügen gesteckt hatte, aber auf einem so anderen Wege, daß er in keiner Beziehung an ihn anknüpfen konnte. So verschieden wie die Wege, die sie wählten, waren die Männer selbst und ihre Schicksale.

Bismarck der Sohn einer Familie, die in der Mark schon eingewurzelt war, als die Hohenzollern sie erwarben, durch seinen Stand, Beruf und Glauben mit den materiellen und geistigen Interessen einer mächtigen preußischen Partei verwachsen, mit sicherem Gefühl für die Realitäten des politischen Lebens, mit genauer Kenntnis der öffentlichen Zustände seiner Heimat, trat in seine politische Tätigkeit mit dem Entschluß ein, die Machtmittel, die dieser Militär- und Beamtenstaat seinem Lenker in die Hand gab, auszunutzen, wenn es sein mußte, rücksichtslos auszunutzen, zur Kräftigung eben dieses Staates und seiner Dynastie. Radowiz war ungarischer Herkunft; sein Großvater, der bei Hohenfriedberg gefangen wurde, siedelte sich in Deutschland an. Er selbst trat als erster seines Geschlechts in preußischen Heerdienst, nachdem er unter König Jeromes Fahnen bei Leipzig gegen die Verbündeten gefochten, dann in der kurhessischen Armee gestanden hatte, bis ein schwerer Konflikt mit dem despotischen Kurfürsten ihn nach Preußen führte (1823). Bei seiner hervorragenden militärischen Begabung wurde er rasch befördert, 1830 zum Chef des Generalstabes der Artillerie, 1836 zum Militärbevollmächtigten beim Bundestag in Frankfurt am Main. Enger noch als die Dienstpflicht verknüpfte ihn mit der neuen Heimat seine Ehe mit einer Gräfin Voss und vor allem eine innige Freundschaft mit dem gleichgestimmten romantischen Kronprinzen. So konnte er wohl mit Recht sagen: „mit diesem Staate will ich stehen und fallen.“ Und doch mußte er bekennen, daß er an Preußen nicht mit dem natürlichen Gefühl hänge wie das Kind an der Mutter. Der eine Grund hierfür liegt in dem Mißtrauen, das den halb landfremden Katholiken im Berlin Friedrich Wilhelms des Dritten empfing. Mit keinem Stande, keiner Partei war er aufgewachsen, mit keinem wie selbstverständlich verbündet. Dazu kam sein Gang, seine Überlegenheit fühlen zu lassen, sich den Anschein einer unergründlichen Geistestiefe zu geben, Neigungen, die sich aus der Unsicherheit seiner Stellung erklären und die zugleich das ihm von vornherein entgegengebrachte Mißtrauen wachhielten und verstärkten; bezeichnend genug ist, daß Bismarck noch in den „Gedanken und Erinnerungen“ mit der Möglichkeit rechnet, Radowiz wäre ein katholisierender Gegner Preußens gewesen.

Nichtiger schon ist Gerlachs herbes Urteil: „Er hat kein preußisches Herz in der Brust.“ Radowiz selbst hätte dies aufs entschiedenste bestritten. Er fühlte sich als Preuze oder doch als Deutscher. Aber seine politischen Anschauungen hatte er sich nicht gebildet nach den Zuständen und Bedürfnissen Preußens, sie waren vielmehr doktrinäre Postulate der Romantik, in denen er mit dem späteren König völlig übereinstimmte. Die Lehren Hallers und anderer Romantiker, nicht die Realitäten haben der Politik beider die Richtung gewiesen.

Aus der Religion entnimmt Radowiz den obersten Satz seines politischen Systems. Der Staat hat so wenig wie der Einzelmensch einen vor allem irdischen Zweck: seine Aufgabe geht dahin, der Förderung göttlicher Ordnung zu dienen, die sich im geschichtlichen Recht offenbart, jenem Recht, das galt, als der rücksichtslos nivellierende Beamtenstaat noch nicht die bunte Vielgestaltigkeit altdeutschen Lebens mit all seinen Privilegien und Gerechtsamen beseitigt hatte zugunsten des kalten Begriffs einer absoluten Staatsouveränität, den Radowiz nicht anerkennt. Denn sein Staat ist nicht Herrscher, nicht Träger der Machtinteressen einer großen Gemeinschaft, er ist vielmehr Diener Gottes in der Verwirklichung des göttlichen, des geschichtlichen Rechtes. Der Fürst ist von Gott eingesetzt „als der lebendige Stellvertreter der ewigen Gerechtigkeit auf Erden, der die Rechte aller, sowohl der einzelnen als der moralischen Personen heilig wahren, lieben, zum allgemeinen Besten fördern soll“. Diese moralischen Personen sind für den Freund des Kronprinzen und Schüler Hallers die „Stände“, die Verbände besonders des platten Landes; und auch beim einzelnen dachte er in erster Linie an den Gutsherrn, der in seinem ehrwürdigen Recht auf Patrimonialgericht und -polizei geschützt werden müsse. Nicht die *salus publica* soll oberstes Gesetz sein, sondern die Erhaltung und Erneuerung der geschichtlichen Rechte. Aber auch nach außen hin hat der Staat sich auf den Rechtsweg „auch in der schlimmsten Zeit“ zu beschränken und nicht alle „bereitliegenden Mittel“ anzuwenden. Daß eine Machtpolitik für diese Politiker unmöglich war, erhellt ohne weiteres.

Und doch ging ihr Streben auf ein Ziel, das nur auf diesem Wege zu erreichen war: die Errichtung eines deutschen Bundes, der anders als der Bundesstaat von 1815, auch dem Auslande gegenüber, als Einheit auftrat und späterhin die Auseinandersetzung mit Osterreich über die Vorherrschaft in diesem Bunde.

Daß der Bundesstaat, wie er 1815 konstruiert war, unhaltbar sei, war Radowiz und dem König klar; nach außen ohnmächtig, im Innern zerrissen stellte er fast noch weniger einen Staat dar wie das „Monstrum“ des vergangenen alten Reiches. Es galt, einen Staat zu gründen, der „sich dem Auslande gegenüber als wirkliche Tatsache geltend machte,“ dessen Verfassung zudem die nationalen Einheitswünsche befriedigte und so dem Liberalismus seine gefährlichste Waffe, die Pflege dieser Bestrebungen entwand. Von seinem Regierungsantritt an hat Friedrich Wilhelm IV. mit Radowiz über Reformen verhandelt, über Reformen, nicht etwa über die Möglichkeit eines gewaltsamen Umsturzes.

Österreichs Vorherrschaft war historisch und rechtlich begründet; sie beseitigen wäre einem Rechtsbruch gleichgekommen. Auch war der König in vassallischer Treue immer bereit, „Österreich den Steigbügel zu halten.“ Diese Stimmung, die Erkenntnis der Unklarheit und Schwäche seines Herrn hätten Radowiz wohl überzeugen sollen, daß er nie mit ihm zu einem großen Ziel kommen würde. Er stand ihm aber vor der Revolution noch zu nah, war selbst noch zu befangen in seinen romantisch-historischen Vorurteilen, als daß er dies ganz deutlich hätte sehen können; gefühlt hat er freilich früh, daß sein königlicher Freund „ganz ohne die sinnlich-sittliche Stärke war, die den politischen Helden ausmacht.“

Einen seiner schönsten Träume, die Wiedereinführung der Ständeversammlung vernichtete das gänzliche Mißlingen des Vereinigten Landtags; er bekannte offen: „die ständische Monarchie ist nicht mehr aufzurichten, der Zug nach dem modernen Repräsentationssysteme hin unausweichlich“ (1847).

Immer stärker beherrschte ihn die Idee von der Einigung Deutschlands; dieser Idee hatte sich der staatliche Egoismus der Bundesglieder, voran Österreich, zu unterwerfen. Durch freie Verhandlungen, die niemanden Zwang auferlegten, glaubte er zum Ziele zu kommen; gelinge das nicht, so sollten für die besonderen materiellen Zwecke von Preußen Verbände nach Art des Zollvereins gegründet werden; dann werde Österreich bald einlenken, das „es doch nirgends darauf ankommen lassen wird, daß die weltgeschichtliche Anregung zur Wiedergeburt Deutschlands von Preußen allein ausgehe.“ Diese Spezialvereine sollten natürlich baldmöglichst aufgehen in den reformierten Bundesstaat, in dem Österreich und Preußen, Löwe und Lamm, einträchtig beieinander wohnten. Über die Anbahnung von Reformen zu verhandeln wurde Radowiz im März 1848 nach Wien geschickt; alle Verabredungen wurden durch den Ausbruch der Revolution hinfällig; zu einigermaßen befriedigenden Zugeständnissen wäre Metternich auch nicht bereit gewesen.

Durch die Erklärung Friedrich Wilhelms vom 21. März 1848, daß er die Leitung der deutschen Angelegenheiten übernehme, durch sein bekanntes Wort „Preußen geht hinfort in Deutschland auf“, schien der Bruch mit Österreich vollzogen. Radowiz fürchtete es jedenfalls und bedauerte diesen Schritt des Königs, der doch in Wirklichkeit der Anfang zu einer glücklichen Lösung des preußisch-österreichischen Dualismus hätte sein können. Im übrigen gab er seinem königlichen Freunde gute Ratschläge: er solle sich vor allzu temperamentvollen Äußerungen seines Zornes hüten, seine Autorität wiederherstellen und die Verfassung, die der Geschichte und dem Rechte angehöre, aufrichtig anerkennen. Die Regierung solle sich gleichmäßig auf Konservative und Liberale stützen und das Proletariat durch entsprechende Besteuerung und Einführung einer Arbeiterschutzgesetzgebung zu gewinnen suchen. Er selbst glaubte seinem Herrn am besten zu dienen, wenn er im Hinblick auf den Haß und das Mißtrauen, die weite Kreise dem Katholiken und „Reaktionär“ entgegenbrachten, um seinen Abschied bat. Er hatte die Absicht, sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen.

Da wählte ihn ohne sein Zutun ein katholischer Kreis Westfalens zu seinem Vertreter in der Frankfurter Nationalversammlung, deren Hauptaufgabe darin bestand, dem deutschen Volk die Einheit, eine Verfassung und einen Kaiser zu geben, also eben in der Erfüllung von Radowiz' politischen Idealen. Und doch konnte Radowiz immer nur mit Widerstreben den Beschlüssen dieses Parlaments folgen. Sein Wunsch wäre gewesen, daß die Verfassung von den Regierungen und den Frankfurtern vereinbart wurde: diese machten die neue Gestaltung Deutschlands allein rechtskräftig. Er kämpfte für ein Nebeneinander der beiden Großmächte im Bunde: die Majorität entschied für den Austritt Österreichs. Er wollte, daß wie die Verfassung auch die Wahl des Kaisers nicht der Nationalversammlung allein überlassen bliebe, diese wählte ohne die Regierungen zu befragen, Friedrich Wilhelm, der, wie vorauszusehen gewesen, die „aus Dreß und Latten der Revolution“ gezimmerte Krone mit Abscheu von sich wies. Und doch hatte Radowiz, wenn schon unter Vorbehalt, stets mit der Majorität gestimmt, obgleich er von Anfang an fühlte, daß die Entscheidung über Deutschlands Zukunft nicht in den Händen „deliberierender Versammlungen“ liegen, sondern „das Werk gewaltiger Kämpfe und Taten“ sein würde. Ohne freudige Hoffnung auf Gelingen, mit dem Mut des Märtyrers, stimmte er allem zu, was irgend zur Erfüllung seiner politischen Ideale führen konnte, und der Zusammenbruch des Parlaments im Frühjahr 1849 überraschte ihn nicht.

Radowiz' Einheitswünsche waren freilich damit nicht begabten; denn gleichzeitig mit der Ablehnung der ihm vom Parlament gebotenen Krone lud Friedrich Wilhelm die deutschen Fürsten nach Berlin zur Beratung über eine deutsche Verfassung ein und beauftragte Radowiz mit der Leitung dieser Verhandlungen. Die wenigen Regierungen, die sich der Frankfurter Verfassung nicht unterworfen hatten, Österreich, Bayern, Sachsen und Hannover, entsandten darauf Vertreter nach Berlin; doch nur mit den beiden letzteren kam ein Verfassungsentwurf zustande, der auf ein engeres Deutschland ohne Österreich unter preußischer Führung abzielte. Im Laufe des Sommers traten die meisten deutschen Regierungen bei, besonders die größeren nur aus Furcht vor der Macht der preußischen Waffen, die in Sachsen, in der Pfalz und in Baden die gefährlichen Aufstände niedergeschlagen hatten, während ihnen das von Unruhen zerrissene Österreich keinen Rückhalt bieten konnte. Die unsichersten Freunde waren Sachsen und Hannover, die ihr weiteres Verbleiben im Bunde vom Eintritt Bayerns und völliger Verständigung mit Österreich abhängig machten, Bedingungen, auf deren glatte Erfüllung zunächst nicht zu hoffen war. Und doch nahm sie Radowiz ohne Vorbehalt an, um sein Werk nicht zu gefährden.

Fast noch schlimmer war, daß die Rücksicht auf die unbedingte Anhänglichkeit des Königs an Österreich und Radowiz' Furcht vor einem Rechtsbruch jedes energische Vorgehen gegen den Kaiserstaat verbot; man hat den Eindruck, daß Friedrich Wilhelm die Verständigung mit Habsburg weit mehr am Herzen lag als die preußische Hegemonie in Deutschland, während Radowiz diese vor-

anstellte. Im September 1849 einigten sich die beiden Großmächte zur Einsetzung einer gemeinschaftlichen Interimskommission in Frankfurt als vorläufiger Zentralinstanz für den alten Bund, dessen rechtliches Weiterbestehen Radowitj offen anerkannt hatte. Denn wie hätte dieser ohne Zustimmung aller seiner Glieder ohne Rechtsbruch beseitigt sein können! Der rücksichtslose Realpolitiker Schwarzenberg, der damals Österreichs Geschicke lenkte, sollte dieses Zugeständnis bald empfindlich ausnutzen.

Im Oktober sollte der Reichstag des preußischen Bundes zusammentreten. Aber Sachsen und Hannover lehnten nun eine weitere Beteiligung ab, da weder Bayern beigetreten, noch eine völlige Verständigung mit Österreich erzielt sei. So blieb also nur ein Bund Preußens mit Baden und den Kleinstaaten übrig. Es hätte für einen Realpolitiker jetzt nahe gelegen, die österreichischen Vorschläge auf Erneuerung des alten Bundes unter Anerkennung der Parität der beiden Großmächte und Erweiterung der preußischen Macht in Norddeutschland, anzunehmen. Anders Radowitj. Preußen stand im Dienste der deutschen Idee, es hatte die Pflicht, in deren Sinne zu wirken, die Pflicht auch, bei den treuen Staaten auszuharren. Andererseits aber hatte es kein Recht, die unter seinen Verbündeten mit Zwang zurückzuhalten, die aus dem Bunde ausscheiden wollten. Diese Politik beinahe gewollter Machtlosigkeit konnte selbst unter den günstigsten Verhältnissen nicht zum Ziele führen; aber die Schwierigkeiten waren groß. Sie lagen in der romantischen Befangenheit des Königs und seiner Unfähigkeit, einen gewagten Entschluß zu fassen. Wäre das engere Reich Wirklichkeit geworden, so hätte er noch ein zweites Parlament, den Reichstag, auf dem Halse gehabt; und schon das eine preußische war ihm ein Greuel. Die deutschen Regierungen erkannten immer deutlicher die Schwäche des Königs; den Unsicheren stärkte die Wiederherstellung der staatlichen Autorität in Österreich den Rücken.

Schwarzenberg nutzte das Zugeständnis Radowitj' von der Gültigkeit des alten Bundesrechts meisterlich aus, sobald er die Kraft dazu hatte. Während in Preußen nichts Entscheidendes für die Verwirklichung der Union geschah, berief Schwarzenberg am 26. April 1850, wie wenn die beiden letzten Jahre nicht gewesen wären, als Präsidialmacht des Deutschen Bundes das Plenum des Bundestags nach Frankfurt, mit der ausdrücklichen Erklärung, daß dessen Beschlüsse auch für die nicht erschienenen Mitglieder bindend sein sollten. Bei Wiederherstellung des Bundes war natürlich eine Fortsetzung der preußischen Einheitspolitik unmöglich; Preußen mußte sich unterwerfen oder an die Entscheidung der Waffen appellieren. Zunächst geschah keins von beiden. Ein Teil der preußischen Verbündeten erkannte den Bundestag an und schied damit tatsächlich aus dem engeren Bunde aus; ein anderer hielt sich mit Preußen vom Bundestag fern; aber diesen entzog sich nun der König. Nicht daß er das Bündnis gekündigt hätte; das wäre Rechts- und Treubruch gewesen; er erklärte auf Radowitj' Rat, die „Union“ könne bei ihrem geminderten Umfang nicht mehr ausgeführt werden, aufgegeben sei sie aber damit nicht.

So war denn Deutschland gespalten in die Partei des österreichischen Bundestags, der den Anspruch erhob, für ganz Deutschland bindende Beschlüsse fassen zu dürfen, und in die kleine Partei der preußischen Union, an deren Namen Radowiz wenigstens mit Zähigkeit festhielt. Auf der anderen Seite dachte Schwarzenberg nicht im entferntesten an Nachgiebigkeit. So schien das Schwert entscheiden zu müssen. Die Spannung war schon infolge weitgehender Forderungen Schwarzenbergs recht hoch, als die kurhessische Frage zum Ende führte. Der Kurfürst rief, obgleich noch Mitglied der Union, gegen sein ungehorfames Ländchen die Hilfe des Bundestags an, und Österreich und Bayern erklärten sich bereit, in diesen mitten zwischen den preußischen Gebieten gelegenen Staat einzumarschieren. Preußen konnte dies schon als Unionsvorstand nicht dulden. Indes sollte es einen Krieg wagen um der geschwächten Union willen, die es nicht rechtlich, aber tatsächlich schon aufgegeben hatte? Bekanntlich trugen die beiden deutschen Mächte ihren Streit vor das Forum des damaligen Schiedsrichters von Europa, des Zaren Nikolaus des Ersten. Es entsprach nur der Logik der Tatsachen, daß Preußen hier eine Niederlage erlitt, die in der Konvention von Olmütz dann aller Welt offenbar wurde, eine Niederlage, zu der die Politik des kraftlosen Doktrinarismus hatte führen müssen.

Zu Beginn des hessischen Konflikts, am 26. September 1850, war Radowiz Minister des Auswärtigen geworden; „mein Gefühl dabei ist kein gutes, es ist nirgends Material zu wirklichem Aufbau.“ In solcher Märtyrerstimmung führte er sein Amt ohne den frohen Latenmut des wahren Politikers, nur davon durchdrungen, „die Verpflichtung gegen die deutsche Nation wahren“, nicht die Rechte Preußens kräftig vertreten zu müssen. Am 2. November, als die Entscheidung Friedrich Wilhelms zugunsten unbedingter Nachgiebigkeit gegen Österreich fiel, erbat er seinen Abschied in dem Bewußtsein, nichts erreicht, aber auch „nie mich selbst gesucht“ zu haben. Seinem deutschen Ideal ist er treu geblieben; er hat später erkannt, daß es nur durch Machtpolitik, durch große Kämpfe zu erreichen sei; sein früher Tod (1853) hat ihn freilich sein gelobtes Land nicht mehr sehen lassen.

Wer den Wunsch hat, sich eingehender mit diesem merkwürdigen Manne zu beschäftigen, greife zu dem kürzlich erschienenen wertvollen Werk von Friedrich Meinecke „Radowiz und die deutsche Revolution“ (Verlag von Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Berlin 1913), das, obgleich es ein selbständiges und in sich abgeschlossenes Ganzes ist, zugleich den Schlußband des Werkes „Joseph Maria von Radowiz“ von Dr. Paul Haffel bildet. Meineckes Buch ist epochemachend für das Verständnis Friedrich Wilhelms des Vierten und seiner Zeit. Er wäre der berufene Biograph dieses Königs. Radowiz' ausgewählte Schriften sind von Wilhelm Corvinus in drei Bänden herausgegeben worden und bei J. Haffel in Regensburg erschienen. Die anscheinend unter klerikalem Gesichtspunkt erfolgte Auswahl ist nicht recht befriedigend.